



Bürgermeistertreffen auf dem EUREF-Campus



Foto: Ed Koch

Der Berner Stadtpräsident, **Alec von Graffenried**, hatte 2018 bei einem Besuch in Berlin angeregt, trilaterale Treffen zwischen den deutschsprachigen europäischen Hauptstädten Bern, Wien und Berlin durchzuführen, um die traditionell guten Verbindungen der drei Städte zueinander zu vertiefen und durch den Austausch von Problemlagen und Lösungswegen für alle drei neue Perspektiven zu eröffnen.



Foto: Stadt Bern

Ein Jahr danach trafen sich die drei Stadtoberhäupter **Alec von Graffenried**, **Dr. Michael Ludwig** und **Michael Müller** vom 4. bis 6. Juli 2019 in Bern. Das Foto zeigt sie bei einem Stadtspaziergang durch Bern. Neben diversen Arbeitsgesprächen zu Themen wie Smart City, Direkter Demokratie und Provenienzforschung war auch ein reichhaltiges Rahmenprogramm mit einer Stadtführung, einem Besuch im Haus der Religionen und einem Ausflug ins Grimsel-

gebiet zum Kraftwerk Oberhasli KWO vorgesehen. Ziel des Gipfeltreffens war es, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Hauptstädten zu stärken und den Grundstein für regelmäßige Austauschtreffen dieser Art zu legen.

Corona bedingt musste das vereinbarte Folgetreffen in Wien 2020 ausfallen und wurde am 8. Juli 2021 nachgeholt. Die Hauptstadtbürgermeister Müller, Ludwig und von Graffenried haben dabei gemeinsam zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat und gegen autoritäre Tendenzen in Europa aufgerufen und über die Zukunft der Städte und deren Herausforderungen gesprochen. Alle drei Bürgermeister sind sich einig, dass die drei Städte Wien, Bern und Berlin auch künftig in einem engen Austausch miteinander bleiben wollen.

Michael Müller: „So unterschiedlich unsere Städte auch sein mögen, so eint sie doch vieles: Die Herausforderungen unserer Zeit sind in allen Metropolen vergleichbar. Es geht um die Frage, wie wir leben wollen, um Klimawandel und Mobilitätswende, um Wohnungsnot und steigende Mieten und um gesellschaftliches Miteinander. Das haben wir nicht zuletzt während der Corona-Zeit erlebt. Dabei können die Städte voneinander und miteinander lernen. Ich freue mich daher sehr, dass wir den gemeinsamen Austausch zwischen Wien und Bern in diesem Jahr fortführen können und freue mich darauf, diese enge Kooperation auch in Zukunft weiterzuführen.“



Foto: APA/PID/C.JOBST

Müller und von Graffenried trugen sich bei ihrem Besuch in Wien im Rathaus auch ins Goldene Buch der Stadt ein. Während des zweitägigen Aufenthalts in Wien wurden auch noch weitere Stationen besucht, wie Gemeindewohnbauten, Umweltprojekte und die Corona-Teststraße im Austria Center Vienna.

Die drei Stadtchefs haben zudem in Wien eine gemeinsame Erklärung über die Rolle der Städte zur Bewältigung der großen Herausforderungen unserer



Zeit verabschiedet. Dazu zählen insbesondere auch der Klimawandel, die Folgen der Corona-Pandemie, die Wohnungsnot und die gerechte Verteilung von Wohlstand.

„Wir machen deutlich, dass wir für ein bestimmtes Demokratiemodell stehen“, sagte **Michael Ludwig** nach dem Treffen mit seinen Amtskollegen aus Berlin und Bern. **Michael Müller** wies darauf hin, dass sich immer mehr Institutionen aus Osteuropa in der deutschen Hauptstadt ansiedeln. Darüber freue er sich als Bürgermeister zwar, „aber sie müssen auch in ihren Ländern frei arbeiten können“. Die aktuellen Entwicklungen in Europa zeigen, dass Freiheiten keine Selbstverständlichkeiten seien und „dass das ein Kampf ist, den wir alle zu führen haben.“

Außenpolitik sei nicht mehr nur Angelegenheit der Nationalstaaten, betonte Graffenried. „Es zeigt sich mehr und mehr, dass Städte eigene Interessen und eine eigene Agenda haben, die nicht deckungsgleich ist mit ihren Nationen.“ Als Beispiel führte er Budapest und Warschau an, deren Bürgermeister den rechtsnationalen Regierungen ihrer Länder Paroli bieten.

Die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat ist einer von vier Punkten, auf die sich die drei Bürgermeister in einer gemeinsamen Erklärung verständigt haben. Weiter fordern sie, dass die Klimaziele „sozial gerecht erreicht werden“ müssen, es mehr leistbares Wohnen gibt und eine „resiliente und kreislauforientierte Wirtschaft für gute Arbeit“ geschaffen wird. Die Erklärung dokumentieren wir im Wortlaut am Ende dieses Beitrages.

Ein besonderes Anliegen ist den drei Städten das Thema Wohnen. Man wolle „gemeinsam eine Lobby bilden gegen Immobilienhaie“, sagte Ludwig mit Blick auf umstrittene Projekte von internationalen Immobilienentwicklern, aber auch die Nutzung von Wohnungen durch Vermietungsplattformen. Müller sagte, dass das Thema nach der Aufhebung des Berliner Mietendeckels durch das Verfassungsgericht in Deutschland zu einem Wahlkampfthema geworden sei, weil es auf Bundesebene geregelt werden müsse. Graffenried sagte, man schaue in Bern beim Thema Wohnen „schon neidig nach Wien, wie gut ihr seid“.

Am 6. November fand das dritte Treffen der Bürgermeister in Berlin statt. **Michael Müller** zeigte seinen Gästen alles, was Berlin attraktiv macht. Brandenburger Tor und ein Besuch im Roten Rathaus waren natürlich obligatorisch. Holzmarkt und das Humboldt-Forum waren weitere Stationen des Berlin-

Besuchs. Am Abend ging es dann zu einem der Zukunftsorte Berlins, dem EUREF-Campus in Schöneberg. Dort begrüßte **Reinhard Müller** die Stadtchefs zu einem Rundgang, der natürlich auch auf die Baustelle des Gasometers führte.



Foto: Ed Koch

Mit besonderem und berechtigtem Stolz zeigt Reinhard Müller seinen Gästen die EUREF-Energiewerkstatt, ein Projekt der GASAG Solution Plus. Von hier aus wird der Campus mit Wärme und Kälte und zum Teil auch mit Strom versorgt. In der Energiewerkstatt werden schon jetzt die Klimaschutzziele von 2045 erreicht – zu den Kosten einer konventionellen Versorgung. Die Bürgermeister von Wien und Bern zeigten sich sehr angetan vom EUREF-Campus



Foto: Ed Koch

Nach einem langen Tag kreuz und quer durch Berlin fordert auch der Magen sein Recht. Michael Müller lud deshalb Michael Ludwig und Alec von Graffenried in Berlins neuestem und angesagtesten Restaurant, *The Cord*, ein, das sich praktischer Weise auf dem EUREF-Campus befindet. Erster Blickfang ist natürlich der Cord-Oldtimer. Gespeist wurde standesgemäß in der Bundeskanzlerlounge, deren Eingang mit einer Signatur von **Gerhard Schröder** verziert ist. Müller, Ludwig und von Graffenried haben sich zu einem weiteren Treffen verabredet.

Quellen: Vienna Online APA, Stadt Bern, Senatskanzler Berlin
Bearbeitet und kommentiert von Ed Koch



Aktive Städtediplomatie für eine gute Zukunft für alle Gemeinsame Erklärung der Stadtchefs von Berlin, Bern und Wien

8. Juli 2021

Die Stimme der Städte ist aus dem Konzert der transnationalen Zusammenarbeit nicht mehr wegzu-denken. In Zeiten der Corona-Pandemie standen BürgermeisterInnen aus ganz Europa in einem sehr intensiven Austausch, nicht nur zur Bewältigung der akuten Krise, sondern v.a. zur Frage, wie es danach weitergeht.

Bei einem Treffen am 8. Juli 2021 betonen die Stadtchefs der drei Hauptstädte Berlin, Bern und Wien - der Regierende Bürgermeister Michael Müller, Stadtpräsident Alec von Graffenried und Bürgermeister Michael Ludwig - die Bedeutung ihrer direkten Kooperation nicht nur im Erfahrungsaustausch, sondern auch in der Themensetzung auf der europäischen und internationalen Agenda.

Berlin, Bern und Wien pflegen seit vielen Jahren auf verschiedenen Ebenen einen intensiven Erfahrungsaustausch und arbeiten an gemeinsamen Projekten und in europäischen Organisationen zusammen. Städte nehmen im weltpolitischen Geschehen eine zunehmend wichtige Rolle ein – das zeigt sich im Kontext der Vereinten Nationen mit Organisationen wie UN-Habitat und dem Forum der BürgermeisterInnen genauso wie in Europa im Bereich der Europäischen Union, des Europarats und vieler Initiativen. Globale Herausforderungen sind in urbanen Räumen oft am unmittelbarsten spürbar, seien es die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die von Städten getragene Hilfe für Flüchtlinge, die Klimakrise oder jüngst die COVID-19 Pandemie.

Fakt ist: Städte zeigen Innovationskraft, Kreativität und Mut beim Krisenmanagement. Sie sind die Lösung, nicht das Problem.

1.

Klimaziele müssen sozial gerecht erreicht werden.

Berlin, Bern und Wien bekennen sich zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und haben klare Vorgaben zum umfassenden Klimaschutz und zur nachhaltigen und ressourcenschonenden Entwicklung gesetzt:

Die Stadt Berlin hat sich ambitionierte Ziele gesetzt, die unter Mitwirkung aller Akteurinnen und Akteure der Stadtgesellschaft umgesetzt werden – die

Betonung liegt ganz klar auf der Umweltgerechtigkeitskonzeption mit einem klaren sozialräumlichen Programm.

Die Stadt Bern hat ein Maßnahmenpaket erarbeitet und einen Zielpfad definiert, um selbstständig die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Sollte der Zielpfad nicht eingehalten werden können, sind zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die Stadt Wien will mit ihrer langfristigen Smart City Rahmenstrategie eine hohe Lebensqualität für alle EinwohnerInnen erreichen und hat damit ein solides Fundament für nachhaltige urbane Entwicklungen in allen Lebensbereichen gelegt. Dazu wurde der Wiener Klimarat eingerichtet und klimarelevante Maßnahmen der Stadt erstmals in einem eigenen Klimabudget projektiert.

2.

Leistbares Wohnen als Gradmesser für soziale und Klimagerechtigkeit.

Berlin, Bern und Wien sehen die Schaffung von neuem, bezahlbaren Wohnungen und die Renovierung des existierenden Wohnungsbestands, in dem das Wohnen auch nach Sanierung leistbar ist als zentral für die Lebensqualität. Hier sollen nicht nur die MieterInnen und WohnungseigentümerInnen aus niedrigen und mittleren Einkommensgruppen geschützt werden, sondern vor allem auch die Städte selbst vor den Verwerfungen der Gentrifizierung, überbordenden Kurzzeitvermietungen und Finanzialisierung.

Berlin, Bern und Wien werden verstärkt auf europäischer und internationaler Ebene einwirken, um den Ausverkauf der Städte zu verhindern, etwa durch mehr Transparenz bei internationalen Immobilien-transaktionen oder das Vermeiden von Steuerschlupflöchern für große Investoren. Das Thema leistbares Wohnen ist in allen Städten ein Gradmesser auf dem Weg zu einer sozial gerechten Erreichung der Klimaziele.

3.

Eine resiliente und kreislauforientierte Wirtschaft für gute Arbeit für alle.

Berlin, Bern und Wien stehen auch im Bereich Wirtschaft durch die Corona-Pandemie vor ähnlichen Herausforderungen. Alle drei Städte haben umfassende Hilfspakete geschnürt, um Betriebe durch die Krise zu bringen und Arbeitsplätze zu erhalten. Sorge gilt vor allem den jungen Menschen, die Ausbildungen nicht antreten konnten, der Generation 50+, die es besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt hat, und



Frauen, deren Doppel- oft zu einer Dreifachbelastung wurde. Gezielte Unterstützungsmaßnahmen sollen Abhilfe schaffen.

Berlin hat sehr früh umfangreiche Hilfsprogramme auf den Weg gebracht, die unbürokratisch beantragt werden konnten, schnell ausbezahlt wurden und ergänzend zur Förderung durch den Bund gezielt den Besonderheiten der Berliner Wirtschaftsstruktur entsprechen haben. Mit Blick auf die Zeit nach der Pandemie wurden Unterstützungsangebote konzipiert, die auf die Stärkung der Innovationsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Resilienz der Berliner Wirtschaft zielen.

Bern hat Maßnahmen zur Unterstützung des städtischen Gewerbes beschlossen und umgesetzt. So wurden Mietzinsreduktionen für Geschäftsmietende finanziert, unbürokratische Maßnahmen im Gastronomiebereich (Erweiterung von Gartenterrassen) erwirkt und Corona-Stipendien für Kulturschaffende ausgerichtet.

Wien hat ein 600-Millionen-Euro Hilfspaket für die Wiener Wirtschaft geschnürt, mit dem über 50 Corona-Hilfsmaßnahmen für Gesundheit, Arbeit und Wirtschaft stabilisierend wirken und zusätzlich zu den Bundesförderungen Lücken schließen.

4.

Demokratie und Rechtsstaat in Europas Städten stärken.

Berlin, Bern und Wien zeigen sich besorgt, dass es in vielen Städten und Ländern im Zuge der Corona-Pandemie zu einer starken Rezession kommen wird, mit einer Zunahme von sozialen und ökonomischen Verwerfungen und einer Verschärfung von Einkommensunterschieden. Das ist letztlich eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat.

Maßnahmen für mehr Teilhabe, Mitbestimmung und Partizipation sind deshalb in allen Bereichen zu stärken, besonders auch im Bereich der digitalen Welt.

Eine aktive Städtediplomatie ist Ausdruck gelebter urbaner Solidarität zum Wohle aller.

Michael Müller, Berlin
Alec von Graffenried, Bern
Dr. Michael Ludwig, Wien